

von  
**Dorothy Grace  
Guerrero**  
Aus dem  
Englischen von  
Niklas Reese

# Der Planet ist in Not – aber was kümmert das die Klimaverhandlungen

## Ein Kommentar zu den Ergebnissen des Pariser Klimagipfels aus der Sicht des globalen Südens

Die Autorin ist  
in der politi-  
schen Bildung,  
als Aktivistin  
und seit fast  
drei Jahrzehnten  
im Rahmen  
von Nichtregie-  
rungsorganisa-  
tionen, sozialen  
Bewegungen  
und der Wissen-  
schaft tätig, die  
globale Gerech-  
tigkeit und Sys-  
temwechsel vor-  
antreiben. Aus  
den Philippin-  
en stammend,  
hat sie lange bei  
Focus on the  
Global South in  
Bangkok gear-  
beitet und wohnt  
jetzt in London.

Die triumphale Schlussitzung der 21. Konferenz der Vertragsparteien der UN-Rahmenkonvention zum Klimawandel (COP21) in Paris im Dezember 2015 war voller Ironie, wie aufmerksame Beobachter\*innen feststellen konnten – allen überwiegend guten Nachrichten, die verbreitet wurden, zum Trotz. James Hansen, der einst für die amerikanische Raumfahrtbehörde NASA gearbeitet hat und als »Vater des globalen Klimabewusstseins« gilt, nannte das Pariser Abkommen einen »Betrug« und einen »echten Schwindel« (The Guardian, 12.12.2015).

Dem Protestverbot in Frankreich zum Trotz, das wegen der terroristischen Angriffe in Paris im November erlassen wurde, haben Zehntausende Aktivist\*innen aus dem In- und Ausland bunte und kreative Demonstrationen in Szene gesetzt, um gegen das zu protestieren, was sie für eine zahnlose und unwirksame Vereinbarung halten.

Die meisten Berichte erschöpften sich darin, zu bejubeln, dass ein Abkommen geschlossen wurde, haben darüber hinaus aber nicht gefragt, ob die Vereinbarungen eine Antwort auf die Notsituation bieten, in der sich der Planet aufgrund des sich verschärfenden Klimawandels befindet.

Was die Berichte über den Klimawandel auch völlig außen vor ließen, war, dass das eigentliche Ziel dieser alljährlichen Klimafeten unerreicht blieb, nämlich dafür zu sorgen, dass die Treibhausgas-Emissionen, die den Klimawandel verursachen, zumindest nicht mehr werden.

Seit dem historischen Erdgipfel von 1992 in Rio de Janeiro, mit dem die globalen Klimaverhandlungen ihren Anfang nahmen, haben die vom Menschen verursachten Treibhausgas-Emissionen stetig zugenommen. Dem fünften Klimabericht des *Intergovernmental Panel on Climate Change* zufolge betrogen sie in den Jahren 2000 bis 2010 eine Gigatonne pro Jahr, während sie zwischen 1970 und 2000 nur durchschnittlich 0,4 Gigatonnen pro Jahr betrogen. Die bisher getroffenen Maßnahmen sind also offensichtlich unzureichend.

### Kurz vor dem Punkt ohne Umkehr

In ihrem zweiten Klimaanfälligkeitsmonitor (*Climate Vulnerability Monitor*) aus dem Jahre 2012 gibt das

Forum der vom Klimawandel am meisten betroffenen Länder (*Climate Vulnerable Forum*) an, dass jährlich etwa 400.000 Menschen an den Folgen des Klimawandels sterben und nahezu tausend Kinder Tag für Tag sterben.

Neunzig Prozent der Todesfälle treten in Entwicklungsländern auf, wo die Umweltveränderungen zu Trinkwasserknappheit führen, zu sinkenden Ernteerträgen, zu weniger landwirtschaftlich nutzbaren Anbauflächen und zu mehr Fällen von Malaria und Durchfall, die durch verunreinigtes Wasser hervorgerufen werden, was wiederum eine häufige Folge von Überschwemmungen ist. Von Hunger und übertragbaren Krankheiten sind vor allem Kinder in Entwicklungsländern betroffen. Menschen und Gemeinden verlieren auch noch ihre letzte Chance, ihrer Armut und den schwindenden Möglichkeiten, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, etwas entgegenzusetzen, da während der Trockenzeit die Hitze noch zunimmt und die Trockenheit länger anhält, während es in der Regenzeit zu noch mehr Überschwemmungen kommt.

Diese Studie, die im Auftrag des *Climate Vulnerable Forums* erstellt wurde, in dem 20 Länder, die besonders stark vom Klimawandel bedroht sind, zusammengeschlossen sind, hat auch errechnet, dass der Klimawandel die Weltwirtschaft zwölf Milliarden US-Dollar pro Jahr kostet. Sollte sich die globale Erwärmung weiter verschärfen, so könnten der Studie zufolge im Jahr 2030 700.000 Menschen pro Jahr unmittelbar an den Folgen des Klimawandels sterben.

Gerade in Entwicklungsländern wird die Wirtschaft weiter strapaziert: Neben den Schäden, die Überschwemmungen und Waldbrände der öffentlichen Infrastruktur und den Wohnungen der Menschen zufügen werden, führen sie zu mehr Schädlingen und einer Verkümmern des Saatguts, was zu Ernteverlusten führen wird.

Schließlich wird der Klimawandel Millionen von Menschen zu Klimaflüchtlingen machen, sobald das Land, auf dem sie wohnen, dauerhaft überflutet wird oder wenn sie dort keine Landwirtschaft mehr betreiben können. Der Bericht über menschliche Entwicklung des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) aus dem Jahre 2007/8 geht davon aus, dass 330 Millionen Menschen zu Klimaflüchtlingen werden, sollte sich das Weltklima um 3 bis 4 Grad Celsius erwärmen.

Die Europäische Union steht schon mit der aktuellen Migrantensituation vor einer großen Herausfor-



*Folge des  
Klimawandels:  
Der Supertaifun  
Yolanda.  
Foto: Niklas  
Reese, 2014*

derung. Mehr als eine Millionen Menschen haben im letzten Jahr in der EU Asyl gesucht. Schon damit sind Deutschland und die anderen europäischen Länder nahezu überfordert und müssen nach Wegen suchen, wie sie die Situation dauerhaft bewältigen können. Der anschwellende Rechtspopulismus und die gelegentlichen Angriffe auf Flüchtlinge sind da nur ein Teil des Problems. Wie soll da die EU damit fertigwerden, wenn in Zukunft eine weit größere Anzahl von Flüchtlingen, die vor dem Klimawandel fliehen, Schutz suchen wird?

### **Wie die Konzerne von der Klimapolitik Besitz ergreifen**

Auch wenn das Pariser Abkommen in seiner Präambel vielversprechend davon spricht, die Klimaerwärmung unter zwei Grad Celsius zu halten, so sind in dieser Hinsicht bislang angemessene Maßnahmen Fehlanzeige. Hochfliegende Ziele ohne konkrete Verpflichtungen machen aber wenig Sinn und sind gar heuchlerisch, wo doch nahezu alle Staaten bereits individuelle Zielmargen (Intended Nationally Determined Contributions – INDCs) an Treibhausgasreduktionen eingereicht haben, die sie zu erfüllen versprechen.

Wenn man all diese INDCs zusammenrechnet, so haben diese summa summarum einen Temperaturanstieg von mindestens 3 Grad Celsius zur Folge. Auch die Mechanismen, welche die Umsetzung der Ziele überwachen sollen, sind unzureichend, was auch für die Bestimmung gilt, dass eine Anpassung der Zielvereinbarungen nur alle fünf Jahre möglich sein wird. Das reicht nicht, gerade wenn erst ab 2020 mit

der Umsetzung der Vereinbarungen begonnen werden soll. Schon das Zwei-Grad-Ziel gefährdet über die Maßen zahlreiche klimaanfällige Staaten. Ein Temperaturanstieg von weltweit durchschnittlich drei Grad könnte bedeuten, dass es in Afrika um circa sechs Grad wärmer wird, was eine Versechsfachung der vom Klimawandel verursachten Katastrophen zur Folge haben könnte. Und da die INDCs freiwillige Zusagen sind, können die Länder ohnehin tun und lassen, was sie wollen.

Die Klimakrise muss als eines der vielen Elemente einer tiefen Krise des Kapitalismus verstanden werden und war schon immer sowohl ein ökologisches wie auch ein soziales Problem.

Im globalen Süden und in zahlreichen Gegenden im globalen Norden tragen sich bereits heute echte Katastrophen zu; Überschwemmungen und Dürren, Tod und Hunger zerstören dort bereits die Lebensgrundlagen. Es wird nicht einfach sein, die Emissionen und den Verbrauch von fossilen Brennstoffen einschneidend zu reduzieren, uns bleibt aber nichts anderes übrig. Der Abschied von einer extraktiven, naturintensiven Wirtschaft muss dort stattfinden, wo die Emissionen verursacht werden und zudem muss es dort sein, wo der Klimaverschmutzung Einhalt geboten wird. Almosen an arme Länder zu zahlen, damit diese einspringen, wo doch die Reduktionen in den reichen Verschmutzerstaaten stattfinden müssten – das ist keine Lösung!

Auch in den armen Entwicklungsländern muss die Klimapolitik sich der zentralen Rolle stellen, die das Kapital bei den Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels einnimmt. So gilt es, sich der Welthandelsorganisation, den internationalen Finanzinstitutionen (IFI), den multinationalen Unternehmen und

anderen Akteuren des neoliberalen Kapitalismus in den Weg zu stellen, wenn diese einer wirkungsvollen Umweltpolitik Steine in den Weg legen, diese als »Handelshemmnisse« bezeichnen und die Regierungen daran zu hindern versuchen, umweltschädliche Produkte vom Markt zu verbannen.

Neue, aggressive aber sehr umfassende Handels- und Investitionsabkommen wie etwa das TTIP zwischen den USA und der EU oder das Trans-Pacific Partnership Abkommen zwischen Amerika und Asien, die von den Regierungen im Geheimen ausgehandelt werden, beinhalten zum Beispiel einen ziemlich gefährlichen Mechanismus, den Streitbeilegungsmechanismus zwischen Staat und Investor (ISDS). Sobald dieser institutionalisiert wird, könnten Unternehmen Regierungen verklagen, wenn diese Gesetze verabschieden, die die Umwelt schützen, aber die Unternehmensgewinne schmälern – etwa wenn der Kohleabbau untersagt wird.

Mächtige Unternehmen haben mit Hilfe ihrer Lobbyist\*innen Einfluss auf die Klimaverhandlungen in Paris genommen. Sie haben sich bemüht, dafür zu sorgen, dass deren Geschäftsinteressen gewahrt werden, etwa indem ein globaler Kohlenstoffmarkt als Lösung für den Klimawandel ausgegeben wird. Internationale Finanzinstitutionen, die bis heute klimaschädliche Großprojekte finanzieren, wittern ein Geschäft, indem sie den Opfern von klimabedingten Naturkatastrophen Kredite aufdrängen und sie so in die Schuldenfalle stürzen.

## Kapitalismus und Klimawandel

Die Verhandlungsparteien sind nicht bereit anzuerkennen, dass der Kapitalismus – vor allem in seiner aktuellen globalisierten Form – direkt mit dem Klimawandel verbunden ist. Das gesellschaftliche Verhältnis zur Natur im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise folgt den Prinzipien von Eigentum und Zugangsrechten, dem Zwang ständiger Produktion und Konsumtion, dem Zwang, ständig Profit zu machen. Auch die Klassen- und Geschlechterverhältnisse sind von der Maxime der Gewinnmaximierung und der Ausbeutung von Mensch und Natur geprägt.

Die Gewinnung fossiler Energieträger (Öl, Kohle und Erdgas), die den größten Beitrag zum Klimawandel leisten, ermöglicht die Massenproduktion von Waren, Transportsystemen und von Vertriebswegen für Produkte und Dienstleistungen. Der Klimawandel ist also nicht nur ein Umweltproblem, er ist auch ein gesellschaftliches Problem. Ohne dass eindeutige Maßnahmen getroffen werden, die den Übergang in eine post-fossile Wirtschaftsweise einleiten, wird sich nichts daran ändern, dass die fossilen Energieträger die erschwierigsten Energieträger sind.

Angesichts der Tatsache, dass die Öl- und Kohleindustrie quicklebendig ist, sind die INDCs eigentlich

irrelevant. Eine Business-as-usual-Haltung dominiert, wie das in einer Aussage des Vorstandsvorsitzenden von ExxonMobil, Rex Tillerson, in einem Interview mit Bloomberg Business am 7.3.2013 sehr schön deutlich wird: »Meine Philosophie ist es, Geld zu verdienen. Wenn ich damit Geld verdienen kann (nach Öl) zu bohren, dann ist es genau das, was ich machen möchte«.

Aber auch in den Entwicklungsländern gibt es keine Anzeichen, die auf ein Ende der Nutzung fossiler Brennstoffe hindeuten. Um die vier Kohlekraftwerke werden jede Woche in China ans Netz genommen, auch wenn China die produzierte Energie nicht ganz verbrauchen kann. Rund 155 Projekte mit einer Gesamtleistung von 123 Gigawatt bekamen allein im Jahr 2015 grünes Licht. In den Philippinen wiederum, die 2013 vom stärksten Taifun aller Zeiten getroffen wurden, sollen mindestens 23 neue Kohlekraftwerke in den nächsten Jahren gebaut werden.

Freiwillige Prinzipien sind nutzlos, wenn es darum geht sicherzustellen, dass die Industrie die Umwelt nicht schädigt. Es ist schwierig, sich vorzustellen, wie freiwillige Prinzipien dafür sorgen könnten, dass die Emissionen so weit wie erforderlich reduziert werden, vor allem wenn das auf Kosten von Ländern mit starken wirtschaftlichen Interessen geht.

Die Vertragsparteien der Klimaabkommen ignorieren, dass das kapitalistische Wirtschaftsmodell auf Raub, Verschwendung und Umweltverschmutzung beruht. Die breite Öffentlichkeit hat auch sehr wenig Verständnis für strukturelle Umstände und begreift kaum, dass der Klimawandel Fragen wie Klasse und Geschlecht berührt, auch wenn es offensichtlich ist, dass die Armen, und hier vor allem die Frauen, bereits die Hauptlast der Klimaveränderungen tragen, während Konzerne und die Industrie ihren zerstörerischen Geschäften wie eh und je nachgehen und sogar damit Gewinne machen, dass sie echte Lösungen verschleppen oder gar verunmöglichen.

Die Vorteile aus Industrialisierung und Globalisierung sind ungleich und ungerecht verteilt; während die reichsten ein Prozent der Weltbevölkerung alles bekommen, sinken die Realeinkommen der Mehrheit und sie erlebt Unsicherheit und ist verzweifelt. Die ökologische Zerstörung, eine Folge von Überproduktion und dem Konsum der Eliten, verändert unumkehrbar den Planeten. Die Belastung der Umwelt, die der Kapitalismus hervorruft und die sich immer deutlicher in den Folgen des Klimawandels manifestiert, ist nun die zentrale Herausforderung unserer Zeit und der kommenden Jahre.

Ein Kommentar zur Scheinheiligkeit philippinischer Klimapolitik, die trotz wohlfeiler Worten an der fossilen Energiegewinnung festhält, siehe Dodo Dulay: Klimagerechtigkeit beginnt zu Hause, Herr Präsident unter [www.asienhaus.de/soainfo](http://www.asienhaus.de/soainfo)